



Aus dem Lande der Fapoten

1.

Das Land der Fapoten liegt, Geografie-Kundige werden es sicher wissen, gleich neben Absurdistan. Und wie ihre Nachbarn, die Absurdisten, glauben auch die medialen und politischen Eliten von Fapotien ganz fest an die Kraft des "Zeichen setzens". Aber bevor wir näher auf die aktuellen Zustände in **Fapotien** eingehen, sollten wir noch klären, warum die Fapoten nun ausgerechnet "**Fapoten**" heissen *1:



"Fapoten" ist schlicht eine Verballhornung von "verboten", und für ihre Verbote waren die Fapoten in ihrer mehrhundertjährigen Geschichte stets berühmt. Damals, als es das Fapotische Kaiserreich noch gab, meinten ausländische Spötter gar, in Vapotien sei einfach alles verboten, was nicht ausdrücklich von Amts wegen erlaubt sei. Nun - so schlimm war es wohl in Wirklichkeit nie, gerade auch der letzte Kaiser von Fapotien war vermutlich in seinem tiefsten Innersten ein ganz jovialer Kerl (der übrigens in seinem späteren Exil ausgerechnet Holzhacken

zur Lieblingsbeschäftigung erkor). Die Geschichte der Fapoten umfasst, wie schon erwähnt, mehrere Jahrhunderte, aber zur Ausbildung eines modernen Flächenstaates kam es, verglichen mit den Nachbarländern, relativ spät.

Umso augenfälliger ist die Abneigung der meisten Fapoten, sich mit der eigenen Geschichte zu befassen. Wer nach den medialen Diskussionen der Jetztzeit urteilen wollte, könnte den Eindruck gewinnen, dass es Fapotien überhaupt erst seit drei Jahrzehnten gäbe. Allerdings ereignete sich eben vor rund drei Jahrzehnten auch eine bedeutsame Zäsur, denn vorher existierten ein **Klein-Fapotistan** und ein **Gross-Fapotistan**. Ironisch überspitzt ausgedrückt: Alles, was in Klein-Fapotistan verboten war, war in Gross-Fapotistan erlaubt, und umgekehrt war in Gross-Fapotistan verboten, was in Klein-Fapotistan erlaubt war. Und durch einen der seltenen historischen Glücksmomente gelang vor rund drei Jahrzehnten die Verschmelzung der beiden Teilstaaten zum heutigen Fapotien. Und wäre hier ein Märchen zu erzählen, so könnten wir mit der bekannten Formel schliessen: "So wiedervereint lebten Ost- und West-Fapoten glücklich zusammen bis an ihr selig Ende..."

2.

Ein alter Witz aus Zeiten, als das Konzept "Nationalcharakter" noch allgemein akzeptiert war:

"Der Himmel ist dort, wo
die Briten die Polizisten sind,
die Franzosen die Köche,
die Deutschen die Mechaniker,
die Italiener die Liebhaber,
und organisiert wird alles von den Schweizern.

Die Hölle ist dort, wo
die Briten die Köche sind,
die Franzosen die Mechaniker,
die Schweizer die Liebhaber,
die Deutschen die Polizisten
und organisiert wird alles von den Italienern."

Je nach Neigung des Witzeerzählers tauschten auch schon einmal die Nationalitäten die Rollen, aber allen Variationen war gemeinsam, dass "die Deutschen" die besten Höllen-Polizisten abgeben würden. Lässt sich da ein Bogen zum vorhin beschriebenen "Fapotistan" oder "Fapotien" spannen? Ein Polizist existiert nun einmal nicht ohne festgelegte Verbote, deren Übertretung er

ja, wenn nicht verhindern, doch mindestens verfolgen oder ahnden soll. Je mehr und "feinteiligere" Verbote es gibt, umso beschäftigt ist der Polizeiapparat. Im Extremfall mutiert der ganze Staat zum Polizeistaat.

Waren nun deshalb "Klein- und Gross-Fapotistan", also DDR und "alte" BRD, Polizeistaaten im üblichen Sinne? Ganz sicher nicht. Aber dass es da Anlagen im Nationalcharakter der Deutschen gab, den Sinn von Verboten und die Nützlichkeit von Polizeiapparaten zu überhöhen, war den Müttern und Vätern des Grundgesetzes sehr wohl klar. Angesichts der katastrophalen Exzesse gerade auch der Polizei im Dritten Reich war es durchaus Absicht, KEINE Bundespolizei einzurichten, sondern polizeiliche Kompetenzen allein den Bundesländern zu übertragen.

3.

Im Jahre 2005 wurde aus dem bis dahin bestehenden Bundesgrenzschutz die **Bundespolizei**, womit Paragraph 30 des Grundgesetzes sozusagen endgültig "entkernt" wurde, den Intentionen der Grundgesetz-Autoren klar entgegenstehend. Nun endlich hat "der Bund" das, was schon Kanzler Adenauer 1951 wollte: Eine eigene Polizei mit - im Gegensatz zum ehemaligen Bundesgrenzschutz - durchaus weitgefassten Kompetenzen. Dem Normalbürger ist freilich in der Regel herzlich egal, welches Abzeichen der ihn kontrollierende oder massregelnde Beamte nun trägt. Auch sind die Kontrollinstanzen, denen sich der Bürger im EU-Europa des 21. Jahrhunderts zu stellen hat, weitaus vielfältiger als etwa vor 100 Jahren. War damals der "Schupo um die Ecke" die entscheidende Instanz, wenn es galt, Vorschriften des Staates umzusetzen (notfalls mit dem Knüppel), so hat sich dies vielfältig aufgefächert: Nicht nur Bundes- und Landespolizeien sowie städtische Ordnungsämter "bemühen" sich um den Bürger, auch vielerlei andere Behörden und "Befugnisträger" kümmern sich um die korrekte Ausübung des Bürger-Daseins - vom Bezirks-Schornsteinfeger bis zum Amtsarzt des Gesundheitsamtes. Gerade auch während des "Corona-Regimes" fiel da zahlreich auch kleinen Beamten ungeahnte Entscheidungsmacht zu - bis hin zum Verbot des "auf-eine-Parkbank-setzens". Wobei die Corona-"Massnahmen" auch eine partielle Delegation von Polizeiaufgaben an eigentlich zivile Angestellte umfasste, wie etwa die nach Impfstatus gestuften Zugangskontrollen bei ganz normalen Geschäften.

Die knüppeltragende Sorte von Polizisten wird freilich auch noch gelegentlich benötigt, wie aktuell an der Niederschlagung der Proteste gegen die sogenannte "**Rentenreform**" *2 in unserem Nachbarland Frankreich zu sehen ist.

Viele Kontrollaufgaben (nicht nur während "Corona") werden aber zusehends von **nicht-staatlichen Akteuren** übernommen. Wenn unbotmässige Ansichten garnicht mehr in weiten Kreisen wahrgenommen werden können, weil die entsprechenden Plattformen der IT- und "Social Media"-Konzerne diese Inhalte entweder komplett sperren, "de-monetarisieren" oder nahezu

unsichtbar machen (sogenanntes "shadow banning"), dann bedarf es des staatlichen "Knüppels" kaum noch. Hinzu kommen noch zahlreiche "**NGO's**" oder "Nichtregierungs-Organisationen", aus den Zeiten der Bürgerrechts- und Bürgerinitiativen-Bewegung heraus oft noch mit dem Nimbus basisdemokratischer Nähe versehen, die die Meinungsbeeinflussungs-Kampagnen der Eliten mittragen. Wobei die angebliche Staatsferne solcher NGO's, wie etwa der US-"*National Endowment for Democracy*" oder des BRD-"*Zentrums für liberale Moderne*" sich bei näherem Hinsehen oft als Luftgebilde erweist, wenn diese wesentlich oder fast vollständig von Regierungen finanziert werden. Oder aber von politisch aktiven Mega-Milliardären (und "Mega-Influencern") wie George Soros oder Bill Gates.

4.

Beinahe hätten die Bundesbürger im Jahre 2013 einen regelrechten "Outlaw" als Bundeskanzler bekommen. Denn der damals von der SPD als Kanzlerkandidat aufgestellte **Peer Steinbrück** bekannte öffentlich, sich angesichts des kommenden EU-Verbots konventioneller Glühlampen einen Vorrat von 100 (nach manchen Quellen 1000) solcher Lichtspender angelegt zu haben, um das Verbot wenigstens für sich persönlich umgehen zu können. Was wohl als Zeichen des Widerstandes gegen "**EU-Regelungswut**" gedacht war, kam aber beim Wahlpublikum eher schlecht an - zu offensichtlich war, dass man sich solcherart "Widerstand" erst einmal finanziell leisten können musste. Dass Steinbrück speziell beim Glühlampenthema garnicht so falsch lag, wird er selbst kaum geahnt haben. Denn der Einspareffekt von LED-Lampen dürfte, bezogen auf den netto-Energieverbrauch, im privaten Bereich *3 eher minimal sein.

Dabei hatte Steinbrück mit seiner Spitze gegen die EU-Regelungswut durchaus recht. So hat die bislang einzige Zusammenfassung der diversen EU-Rechtsvorschriften, im typisch hochtraben EU-Sprech "**Besitzstand der EU**" oder "*acquis de l'Union européenne*" genannt, einen Umfang von rund **85'000** Seiten, verteilt auf 31 Bände *4. Da niemand mehr diesen Wust an Regelungen überblicken kann, führt das in der Praxis dazu, dass praktisch alle Kleinunternehmen im EU-Raum irgendwann oder irgendwo gegen EU-Recht verstossen, freilich meist, ohne dass sie es selbst noch ihre Kunden wüssten. Um speziell das ausufernde **EU-Sanktionsregime** samt seinen immer kurzfristigeren Änderungen und Ergänzungen in den Griff zu bekommen, bieten verschiedene Software-Firmen gar spezielle Programme zur "*Sanktionslistenprüfung*" an (z.B. [hier](#)).

Was einmal recht bescheiden mit der Definition von "Handelsklassen" für Gemüse begann, ist von den fleissigen Eurokraten zu einem eigenen Universum ausgebaut worden. Und um logische Widersprüche macht man sich keinen grossen Kopf dabei: So ist es zwar verboten, Konsumentenprodukte ohne die "**CE**-Kennzeichnung" in den Handel zu bringen, das Anbringen

eines solchen Zeichens auf die Produkte ohne jegliche konkrete Prüfung auf "*Konformität mit den EU-Regeln*" vorzunehmen, jedoch nicht.

Und auch eine der neueren Schöpfungen der EU, die **Verordnung zur Wärmedämmung** von Gebäuden hat eine schwer erkennbare Logik: Ob es wirklich Sinn macht, alle Gebäude in der EU - von Lesbos bis Lappland - auf das gleiche Wärmedämmungs-Niveau bringen zu wollen? Aber nichts, was in Brüssel ausgedacht wird, könnte nicht noch von der aktuellen Ampelkoalition und deren "grüner" Speerspitze übertroffen werden. Das nunmehr auf den Weg gebrachte "**Gebäudeenergiegesetz**" mit seinem impliziten Verbot von Gasheizungen ist der momentane Gipfelpunkt des gesetzgeberischen Wahnsinns. Im Detail haben sich schon einige Kommentatoren damit auseinandergesetzt, etwa J. Berger auf den "[Nachdenkseiten](#)" oder C.M. Leister in der "[Berliner Zeitung](#)". Nach der Bekanntgabe des Verkaufs der Wärmepumpensparte des Marktführers Viessmann an einen US-Konzern zeigt sich auch ganz klar, wer von diesem auf dem Verordnungsweg in Gang gesetzten Absatzboom profitieren soll: Wieder einmal unsere "Freunde" in den USA. Währenddessen zeigt sich der ministerielle Märchenonkel Habeck einerseits stolz über die nun endlich umgesetzte Abschaltung aller Kernkraftwerke in der BRD, während er der Ukraine selbstverständlich die [Weiternutzung der vorhandenen AKWs](#) gönnt. Und ein geradezu durchschlagend simples Argument für die Weiternutzung derselben vorbringt: "**Die sind ja gebaut.**" Jeden Tag aufs Neue demonstriert diese Regierungstruppe eine umwerfende Kombination von Dilettantismus und Zelotentum.

5.

Mit immer neuen Verboten aus Brüssel oder Berlin wird also der hiesige Bürger bedacht, so dass sich mancher doch schon in **Fapotistan** wähnt. Glühlampen, Verbrenner-Pkw, Gasheizungen etc. - und andererseits werden Dinge zugelassen, die kein Mensch will und braucht wie die Beimengung von Insektenmehl zu menschlicher Nahrung.

Auch vor dem Eindringen allzu kritischer Gedanken wird "homo europaeensis" zuverlässig abgeschirmt, manchmal holzhammerhaft wie mit dem Verbot russischer TV-Sender, manchmal dezent mit den "community guidelines", welche die Internet-Giganten in wohlwollender Abstimmung mit EU- und Nationalregierungen umsetzen und die man auch schlicht "Zensur" nennen könnte.

Gleichzeitig wird ein Neusprech mit "gendern" und "political correctness" vorexerziert, welches wohl das gedankliche Elend kaschieren soll - oder einfach nur ein neuzeitliches Herrschaftsinstrument darstellt wie einst das an den europäischen Höfen gesprochene Französisch. Als Hofberichterstatter sind die Mainstreammedien auch bei den diversen "**Zeichen setzen**"-Inszenierungen integriert: Überall werden Zeichen gesetzt "*gegen rechts*", "*gegen Antisemitismus*", "*gegen Rassismus*", "*gegen Klimaleugner*" oder "*für Vielfalt*", "*für die*

demokratischen Werte" oder "für die transatlantische Partnerschaft". Aber während man die verbale "Antisemitismus-Keule" mittlerweile schon auf echte Juden anwendet, wenn sie sich kritisch mit dem eigenen Staat beschäftigen (worüber u.a. [hier](#) berichtet wird), werden Abgesandte des offen rassistischen ukrainischen ASOW-Regimentes *5 mit Ehren empfangen. Doppelstandards sind offenbar der neue "Goldstandard" in Deutschland und der EU.

6.

Dass die Verbotsmanie ganz schnell existenzbedrohende Ausmasse annehmen kann, zeigt der Kampf der niederländischen Regierung gegen die eigenen Bauern. Dort will man um der Erlangung willkürlich festgelegter "Klimaschutzziele" willen hunderte, vornehmlich kleiner und mittelgrosser Landwirtschaftsbetriebe erst durch ein zwangsweises "buy-out" in Regierungshand übernehmen und anschliessend durch weitgehende Stilllegung derselben die Emissionen "auf Null" senken (siehe "[Der globale Krieg gegen die Farmer](#)"). Über die seit 2022 andauernden und mit grosser Beteiligung stattfindenden Proteste dagegen wurde hierzulande kaum berichtet, was wieder für die Selbst-Gleichschaltung der Mainstream-Medien spricht.

Wenn man die "technischen" Verbote, also von z.B. von Verbrenner-Pkw, Gasheizungen oder Glühlampen betrachtet, fällt auf, dass die sogenannte "Technologie-Offenheit" keine Rolle mehr spielt. Auf der einen Seite wird von Regierungsseite eine von Solar- und Windenergie im Überfluss gespeiste grossflächige Umstellung auf Wasserstoff-Technologie "geplant" (oder herbeigeträumt?), andererseits könnte gerade die erzwungene EU-weite "Transformation" zum batterie-elektrischen Auto (BEV) *6 die Nutzung solcher Energieträger entscheidend ausbremsen. Wenn wir, sowohl beim e-Auto als auch bei der zwangsweisen "Beglückung" der Bundesdeutschen mit Wärmepumpen, auch noch den Blick auf den dadurch ausgelösten **Ressourcen-Mehrverbrauch** lenken, erscheint auch die "klimapolitische" Wirksamkeit zweifelhaft.

6.

Ob die BRD des 21. Jahrhunderts nun mehr mit Fapotistan oder Absurdistan zu vergleichen ist, mag jeder für sich entscheiden, so oder so kommt der Satz aus Shakespeare's "Hamlet" in den Sinn: "**Ist's Wahnsinn auch, so hat es doch Methode**". Und es gibt ja zunehmend Bürger, die hinter der Regelungswut "Methode" oder besser Methoden und Nutzniesser erahnen können. Man muss sich nur des alten "cui bono" erinnern und, wie man früher sagte, "eins und eins zusammenzählen", um zu plausiblen Schlüssen zu kommen. In Mainstream-Politik und -Medien wird das aber rasch als "Verschwörungstheorie" abgetan, und solche "Verschwörungstheorien" sind, wie schon die Kanzlerin Merkel in einer ihrer Ansprachen kategorisch feststellte, "unwahr und gefährlich...". Überhaupt stellen sich die Regierenden ja spätestens seit Merkel als

Ausführende einer "alternativlosen", von "Sachzwängen" bestimmten Politik dar - oder aber als von plötzlichen, unvorhersehbaren Ereignissen überraschten, beispielsweise der Flüchtlingskrise von 2015. Die Reaktion auf diese "Schocks" sei wiederum nur Sachzwang-getrieben und mithin ebenso alternativlos.

Jeder Bürger, der diese Darstellungen zu hinterfragen versucht, ist auf dem besten Wege, das grösste, freilich selten ausgesprochene, Verbot zu ignorieren: Das **Denkverbot**. Und die Strafe ist nicht mehr wie im Mittelalter die "Bannbulle", sondern das ungleich elegantere "shadow banning", von dem in letzter Zeit auch die [Nachdenkseiten betroffen](#) zu sein scheinen.

7.

In Griechenland herrschte von 1967 bis 1974 eine Militärjunta, die auch als "**Obristenregime**" bekannt wurde. Über die zu dieser Diktatur führenden Umstände drehte der junge Regisseur Constantin Costa-Gavras einen bald international bekannten Film *7, aus naheliegenden Gründen nicht in Griechenland selbst, sondern in Algerien gedreht. Mit reichlich Auszeichnungen bedacht, gilt der Film schon lange als Klassiker des politischen Films. Im Abspann werden einige der zahlreichen Verbote aufgeführt, die das Obristenregime verhängte: Es wurde u.a. verboten, Miniröcke zu tragen (für Frauen), die Haare lang wachsen zu lassen (für Männer), Bücher und Autoren von Aristophanes bis Tolstoi wurden verboten - und es wurde auch **ein bestimmter Buchstabe** verboten, der im Griechischen für "er lebt" steht. Heute, ein halbes Jahrhundert später, wird in Deutschland [derselbe Buchstabe](#), freilich mit anderem Hintergrund, ebenfalls verboten.

(30.04.2023)

*1 An dieser Stelle herzlichen Dank an die leider unbekanntenen kindlichen Strassenkünstler, die FAPOTEN erfanden.

*2 Da die in diesem Fall von der Macron-Regierung an den Tag gelegte Härte und Demokratie-Verweigerung eigentlich in keinem Verhältnis zum angeblichen Zweck (der "finanziellen Sicherung des Rentensystems" im Jahre 2050!) steht und auch eigentlich mit "milderen" Massnahmen (Stichwort "Salamitaktik") hätte erreicht werden können, drängt sich der Gedanke auf, dass eigentlich etwas Anderes das politische Ziel ist. Etwa die Entmachtung oder gar Vernichtung der französischen Gewerkschaften, wie es ja in den 1980er Jahren die "eiserne Lady" Thatcher in Grossbritannien vormachte?

*3 Im Privatbereich bewirkt die vom Temperaturstrahler Glühlampe beigesteuerte (geringe) Heizleistung, zumindest in der kalten und lichtarmen Jahreszeit, in aller Regel eine durch die *thermostatisch geregelte* Heizanlage verringerte Heizleistungs-Anforderung. Mit dem Ersatz durch LED-Lampen wird also allenfalls eine Verlagerung des Energieaufwandes vom E-Kraftwerk (Strom für die Glühlampe) zur Heizungsanlage des Hauses erreicht.

*4 So jedenfalls ist der Stand laut Wikipedia: https://de.wikipedia.org/wiki/Besitzstand_der_EU

*5 Dazu u.a. Gert-Ewen Ungar: <https://sicht-vom-hochblauen.de/entzueckend-hoch-kreativ-marieluise-beck-und-ihre->

[liebe-zum-faschismus-von-gert-ewen-ungar/](https://www.bpb.de/themen/europa/ukraine-analysen/nr-270/509747/analyse-das-asow-regiment-und-die-russische-invasion/). Die sich ehemals als unabhängig verstehende *Bundeszentrale für politische Bildung* liefert als Alternativprogramm eine peinliche Weisswaschung von ASOW:
<https://www.bpb.de/themen/europa/ukraine-analysen/nr-270/509747/analyse-das-asow-regiment-und-die-russische-invasion/>

*6 Ein schönes Beispiel dafür, dass "technischer Fortschritt" durchaus nicht immer geradlinig verläuft und eine vorzeitige Festlegung sich möglicherweise als "Setzen auf das falsche Pferd" herausstellen kann, wäre die Geschichte eines frühen e-Autos: Erstaunlicherweise war im Jahre 1910 der **Detroit Electric** das in den USA meistverkaufte Automodell (ein Bild [hier](#)). Die Gründe für die relative Beliebtheit waren damals eigentlich die gleichen, die auch heute noch das Fahren von e-Autos angenehm machen: Die unkomplizierte Bedienung ohne mühsames Einüben von Kupplungs- und Schaltvorgängen, die (lokale) Abwesenheit von Abgasen bzw. deren Gerüche, der geringe Wartungsbedarf. Die sofortige Startbereitschaft ohne mühsamen und gelegentlich zu Verstauchungen oder gar Knochenbrüchen führenden Ankurbelvorgang kam damals als wichtiges Argument noch hinzu. Freilich waren auch die Nachteile ähnlich wie heute: Der langwierige Ladevorgang und die vergleichsweise geringe Energiedichte der Batterien, welche zu Einschränkungen bei Reichweite und/oder Geschwindigkeit zwingen. Und nicht zuletzt die Tatsache, dass eine Elektro-"Tankstelle" nicht kurzfristig (etwa mit ein paar aufgestellten Benzinfässern) zu improvisieren ist, sondern von meist nur in urbaner Gegend vorhandener Infrastruktur abhängig ist. Sobald auch die "Benzinkutschen" eine ausreichende Bedien- und Wartungsfreundlichkeit erreicht hatten, wurde die Luft "dünn" für den Detroit Electric, und die abgesetzten Stückzahlen wurden immer geringer, bis schliesslich Ende der 1930er Jahre die Produktion endete. Aber weder war die Umstellung auf Benzinantrieb gesetzlich verordnet worden, noch gab es irgendwelche "Anti-Elektroauto"-Gesetzgebung oder Propaganda. Überhaupt waren die USA in Bezug auf Autos damals maximal "technologieoffen", auch dampfgetriebene Fahrzeuge fanden noch bis in die 1920er ihre Käufer.

*7 Zum Erfolg des Films haben sicher auch die hervorragenden Schauspieler beigetragen: Yves Montand, Jean-Louis Trintignant, Jacques Perrin, Charles Denner sowie Irene Papas (die Jahre später, nach Ende der Militärdiktatur, selber zur Kulturministerin berufen wurde).



www.truthorconsequences.de

